

Mayer, Otto G.

Article — Digitized Version

Öffnung der Flächentarife

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mayer, Otto G. (1997) : Öffnung der Flächentarife, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 6, pp. 312-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137485>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der jüngste Tarifabschluß für die Chemieindustrie ist hoch gelobt und als Vorbild für andere Branchen dargestellt worden. Arbeitsminister Norbert Blüm sprach gar von einer „Kopernikuswende“ in der Arbeits- und Sozialpolitik. In der Tat ist dieser Abschluß geeignet, in die Geschichte einzugehen, sieht doch zum ersten Mal ein Flächentarifvertrag für eine westdeutsche Industrie eine Öffnungsklausel vor, nach der nicht nur, wie schon bisher in einzelnen Tarifverträgen zu finden, Arbeitszeiten, Mehrarbeitszeitausgleich oder Einstiegsgehälter für Langzeitarbeitslose, sondern auch die Lohnhöhe der Arbeitnehmer insgesamt zum Gegenstand von Verhandlungen zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat gemacht werden können: Die Chemiebetriebe können aus Wettbewerbsgründen oder bei wirtschaftlichen Problemen für einen gewissen Zeitraum die Löhne und Gehälter bis zu 10% gegenüber den im Tarifvertrag vereinbarten Sätzen senken.

Ob die Chemielösung zur Auflockerung starrer Flächentarife bald auch flächendeckende Wirkungen entfalten und auf andere Gewerkschaften ausstrahlen wird, bleibt abzuwarten, tun sich doch die Gewerkschaften verständlicherweise schwer, den Betriebsräten solche weitreichenden Handlungsspielräume zu überlassen, da diese an den Grundfesten wenn schon nicht ihrer Existenz, so doch ihrer verbandlichen Machtposition rütteln. Die Befürchtung, daß sich Betriebsräte von ihren eigenen Betrieben „über den Tisch ziehen“ lassen könnten, scheint dabei mehr ein vorgeschobenes Argument zu sein, gilt doch das Wort des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte, daß Betriebsräte nicht dümmer als die Gewerkschaftsfunktionäre sind, zumal wenn sie in der Lage sind, auf das Know-how der Gewerkschaftszentralen zurückzugreifen. Anscheinend haben aber – wie die vielfältigen Reaktionen vermuten lassen – manche Zentralen größere



Otto G. Mayer

Öffnung der Flächentarife

Probleme mit dem Gedanken, sich verstärkt als Dienstleister im Sinne der Wünsche der Betriebsräte zu verstehen.

Ein ähnliches Abkommen mit bislang gemischten Ergebnissen gibt es bereits für die Metallindustrie in den neuen Bundesländern. Betriebsräte und Unternehmen können auch hier bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten Sondervereinbarungen mit Zustimmung der Tarifvertragsparteien treffen. Die Unternehmen zeigten sich jedoch äußerst zurückhaltend, die Zahlen über ihre wirtschaftliche Lage den Gewerkschaften gegenüber gänzlich offenzulegen. Befürchtet wurde, daß die Schwierigkeiten nur um so größer würden, wenn Zulieferer und Abnehmer hiervon auch Kenntnis erhielten. Wenn die Sorge um die Weitergabe von marktrelevanten Daten eine Rolle spielte, dürfte es nicht weiter verwundern, daß rund die Hälfte der Unternehmen, für die von der IG Metall die Härtefallregelung akzeptiert(!) wurde, trotz der Lohnzugeständnisse in Konkurs gingen. Hier ist dann zu vermuten, daß der Antrag vielleicht zu spät gestellt wurde.

Große Bedeutung kommt also den Kriterien für eine Abweichung von den Bestimmungen des Tarifvertrages und den Konfliktlösungsmöglichkeiten zu. In beiden Punk-

ten bleibt der Chemietarifvertrag bemerkenswert vage. Zu den Kriterien gehören „Sicherung der Beschäftigung und/oder zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland“ sowie „sonstige existenzsichernde Maßnahmen für das Unternehmen oder den Betrieb“. Auch die Zeitdauer, für die die Absenkung der Löhne gelten soll, bleibt offen, wenn auch die IG Chemie von „in der Regel zwölf Monaten“ ausgeht.

Für Betriebsrat und Betrieb bleibt also ein weiter Rahmen, den es in Verhandlungen und entsprechenden Betriebsvereinbarungen abzustechen gilt – gegebenenfalls unter Vermittlung der Tarifvertragsparteien bzw. mit deren Zustimmung. Dies alles setzt viel Vertrauen und Konsensorientierung voraus. Vielleicht kommt die Öffnung des Flächentarifvertrages in Westdeutschland nicht von ungefähr zuerst in der Chemieindustrie, jedoch ist kaum zu erwarten, daß andere Tarifbereiche sich schnell dem Beispiel der Chemie anschließen werden.

Bei dem Abschluß in der Chemieindustrie sollte jedoch nicht vergessen werden, daß mit dem von der Continental AG gegründeten und jetzt wieder aufgegebenen eigenen Arbeitgeberverband für die Sparten Gummi, Chemiefaser und Kunststoffverarbeitung ein Druck zur Öffnung des Flächentarifvertrages sowohl auf den Arbeitgeberverband als auch auf die IG Chemie ausgeübt wurde. Dem ersteren drohte die Spaltung und der zweiten der Verlust des gewohnten Partners. Allerdings rumort es auch in anderen Verbänden, insbesondere dort, wo große und mittlere Unternehmen sowie produktivitätsschwächere und -stärkere Firmen oder gar Betriebe mit sehr unterschiedlichen Produktsortimenten und -linien vereint sind. Je besser und geräuschloser das Chemieabkommen funktionieren wird, desto stärker wird das Rumoren in anderen Verbänden werden und Öffnungen der Tarifverträge forcieren.